

Ressort: Politik

Grüne werfen Regierung bei Staatssekretären Trickserei vor

Berlin, 21.12.2013, 00:32 Uhr

GDN - Die neue Bundesregierung verstößt mit der Berufung zusätzlicher parlamentarischer Staatssekretäre offenbar gegen geltendes Haushaltsrecht. Wie die "Bild-Zeitung" (Samstagsausgabe) schreibt, darf die Bundesregierung wegen der derzeit geltenden "vorläufigen Haushaltsführung" keine neue Stellen schaffen, weil der Bundeshaushalt 2014 offiziell noch nicht verabschiedet ist.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Britta Haßelmann, sagte der Zeitung: "Schwarz-Rot muss erklären, warum es einen größeren Bedarf an parlamentarischen Staatssekretären gibt." Hintergrund der Kritik sind die Pläne der Großen Koalition, die Zahl der parlamentarischen Staatssekretäre von 30 auf 33 aufzustocken. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, hält die Anhebung ebenfalls für nicht vereinbar mit dem geltenden Recht. Er forderte in der "Bild-Zeitung", die Zahl der parlamentarischen Staatssekretäre auf einen pro Ministerium zu verringern.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-27228/gruene-werfen-regierung-bei-staatssekretaren-trickserei-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619